

Baselland bekennt sich zur Voll-Universität

SVP scheidet Caroline Mall wollte die Regierung prüfen lassen, welche Vorteile eine Fokussierung der Uni Basel auf die Life Sciences hätte. Der Landrat entschied sich aber deutlich gegen dieses Postulat.

Andrea Schuhmacher

Sie hatte keine Chance: Die Reaktionen der anderen Fraktionen im Baseltier Landrat auf das Postulat von SVP-Landrätin Caroline Mall fielen ungläubig bis vernichtend aus. Mall hatte in ihrem Vorstoss, den die Regierung auch annehmen wollte, die Frage aufgeworfen, ob die beiden Basel tatsächlich eine Volluniversität brauchten. Im Mitte April eingereichten Postulat lud sie die Regierung ein, «dem Landrat eine Vorlage (überarbeiteten Staatsvertrag) zu unterbreiten, wonach die Uni Basel ihren Schwerpunkt vollumfänglich auf die Life Sciences legt».

An der gestrigen Landratsitzung präsentierte Mall aber einen stark abgeänderten Vorstoss, wohl auch wegen der negativen Rückmeldungen der anderen Fraktionen vor der Sitzung.

Vom ursprünglichen Auftrag blieb nicht viel übrig. Neu forderte sie die Regierung auf, «dem Landrat einen Bericht zu unterbreiten, welcher die Vor- und Nachteile einer Volluniversität bzw. einer verstärkten Fokussierung auf einzelne Disziplinen, wie z.B. der Life Sciences, aufzeigt und die Kennzahlen der einzelnen Fakultäten darlegt».

«Ist das wirklich seriös, was uns da vorgelegt wird?»

Trotz dieser Abschwächung blieb der Vorstoss gestern chancenlos. Mitte-Landrätin Béatrix von Sury d'Aspremont fragte: «Ist das wirklich seriös, was uns da vorgelegt wird?» Und SP-Fraktionspräsident Roman Brunner verglich das Vorgehen von Mall mit dem Mythos von Epimetheus und der Öffnung von Pandoras Büchse. «Epimetheus handelte zuerst und dachte erst im Nachhinein nach.» Ohne zu denken, öffnete Epimetheus die Büchse Pandoras und entliess alle Übel über die Welt. «Es blieb nur die Hoffnung – die ich auch für euch (an die SVP-Fraktion gerichtet, Anm. d. Redaktion) immer noch habe.»

Redner von SP, Mitte, EVP, Grünen und FDP bekannten sich



Die Reaktionen auf ihren Vorstoss fielen ungläubig bis vernichtend aus: SVP-Landrätin Caroline Mall. Foto: Lucia Hunziker



Landrat

Berichterstattung aus dem Baseltier Parlament

deutlich zur Volluniversität. Sie gaben aber auch zu verstehen, dass sie von der Baseltier Regierung erwarten, dass sie bei den Verhandlungen rund um den Uni-Staatsvertrag auch alle Möglichkeiten prüft.

«Ich erwarte, dass das Thema einer Fokussierung auf gewisse Fächer von der Regierung auch bei den Verhandlungen geprüft wird», sagte FDP-Fraktionspräsident Andreas Dürr. Der Stadtkanton und die Uni sollten begriffen haben, dass der Landkanton ein Geldproblem habe. «Es sollten auch kreative Lösungen von Stadt und Uni kommen.» Im Landrat im Zweiwochenrhythmus über das gleiche Thema zu diskutieren, sei «anstrengend und mühsam».

Zur Erinnerung: Im Mai hatte die Baseltier SVP die Kündi-

gung des Uni-Staatsvertrages gefordert, scheiterte aber bereits damals im Baseltier Parlament mit ihrem Anliegen.

Änderung verlange eine tiefgründigere Betrachtung

Landrat Marc Schinzel (FDP) betonte zudem die Autonomie der Universität Basel. «Wir können die finanziellen Mittel sprechen, aber wir mischen uns nicht in die operative Leitung ein.» Die Universität Basel habe als älteste Schweizer Uni eine lange humanistische Tradition. Eine Änderung am Modell einer Volluni verlange eine tiefgründigere Betrachtung, als mit solch einem Vorstoss, «der auch noch hau ruck geändert wurde», möglich sei.

Die zuständige Regierungsrätin, Bildungsdirektorin Monica Gschwind, sah sich genötigt, die

Haltung der Regierung zu erklären. «Die ETH Zürich und die HSG (Universität St. Gallen, Anm. d. Redaktion) sind erfolgreich, weil sie sich auf eine Sparte fokussieren.» Die Life Sciences seien in der Region Basel stark und generierten Wertschöpfung für die ganze Schweiz. «Deshalb finde ich es legitim, eine Auslegung zu machen und die Nach- und Vorteile einer Volluni zu untersuchen», so Gschwind.

Sie machte auch klar, dass trotz des ursprünglichen Wortlautes des Postulats die Regierung immer nur ein «Prüfen und Berichten» plante, und nicht bereits einen verbindenden, neuen Staatsvertrag erarbeiten wollte.

Das Postulat wurde schliesslich mit 58 Nein- zu 21 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.